



Antwort zur Anfrage Nr. 0994/2012 der SPD-Stadtratsfraktion betreffend
Verlagerung des Europa-Hauptquartiers der US-Streitkräfte nach Wiesbaden (SPD)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Beabsichtigt die Verwaltung einen intensiveren Kontakt zu den US-Streitkräften zu suchen?

Der Verwaltung ist bekannt, dass im Zusammenhang mit der Verlagerung des Europa-Hauptquartiers nach Wiesbaden der Standort Erbenheim erheblich ausgebaut wird. Derzeit befinden sich dort sowohl neue Wohngebiete als auch neue Versorgungsbereiche in der Entstehung. Nach Kenntnis der Verwaltung konzentrieren sich die Ausbaupläne zunächst ausschließlich auf das Wiesbadener Stadtgebiet.

Die Verwaltung wird aber gerne mit den US-Streitkräften Kontakt aufnehmen, um den tatsächlichen Bedarf auch für die Zukunft zu erkunden.

2. Welche Überlegungen verfolgt die Verwaltung, um die Verlagerung des US-Europa-Hauptquartier nach Wiesbaden für Mainz positiv zu nutzen?

Siehe Antwort zu 1.

3. Bestehen im Tourismus- und Kongresswesen bereits konkrete Überlegen eines zielgruppenspezifischen Marketings? Bietet sich dieser Bereich aus Sicht der Verwaltung für eine gemeinsame Zusammenarbeit der Städte Wiesbaden und Mainz an?

Bereits heute gibt es im Bereich des Tourismus- und Kongresswesens konkrete Angebote für US-Bürgerinnen und Bürger. Inwieweit diese, eventuell auch gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden zu erweitern sind, wird derzeit untersucht. Wenn konkrete Ergebnisse vorliegen, wären sicherlich auch Gespräche von Wirtschafts- und Tourismusvertretern mit den US-Streitkräften sinnvoll.

4. Erachtet es die Verwaltung sinnvoll, Gespräche von Wirtschafts- und Tourismusvertretern mit der Führung der US-Streitkräfte zu initiieren?

Siehe Antwort zu 3.

5. Welche Pläne verfolgt die Verwaltung hinsichtlich Bedarfs der Amerikaner auf dem Wohnungsmarkt?

Derzeit sieht die Verwaltung keine Veranlassung, hinsichtlich eines eventuellen Bedarfs der Amerikaner auf dem Mainzer Wohnungsmarkt neue Bebauungspläne aufzulegen. Ohne Kenntnis der genauen Bedarfe (Größenordnung, welche Wohnungssegmente etc.) erscheinen konkrete Planungen in diese Richtung wenig sinnvoll.

Mainz, 24.01.2014

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister

